



Amtsangemessene Alimentation

Verwaltungsgericht Hamburg: Besoldung in den Jahren 2020/21 verfassungswidrig

Rechtsauffassung der **DPoIG Hamburg** bestätigt – 8.000 Klagen sind weiterhin anhängig. Die **DPoIG** wird weiter für eine amtsangemessene Alimentation und ein amtsangemessenes Ruhegehalt unserer Kolleginnen und Kollegen kämpfen!



> Jetzt heißt es, auf die Entscheidung der Karlsruher Richter zu warten.

Nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Hamburg ist die Beamten- und Richterbesoldung in Hamburg in den Besoldungsgruppen A 7 bis A 15 sowie R 1 in verfassungswidriger Weise zu niedrig bemessen. Das Verwaltungsgericht hat am 7. Mai dieses Jahres nach

mündlicher Verhandlung daher fünf Verfahren ausgesetzt und am selben Tag bekannt gegebenen Beschlüssen dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt. Dieser erneute Teilerfolg bestätigt die Rechtsauffassung unserer Gewerkschaft. Das VG Hamburg hat unter anderem klargestellt:

Die Besoldung in den Besoldungsgruppen bis einschließlich A 10 wahrt in den Jahren 2020 und 2021 nicht den erforderlichen Mindestabstand zur Höhe der Grundsicherung. Die Besoldung der Kläger in den Besoldungsgruppen bis einschließlich A 9 sei bereits aus diesem Grund verfassungswidrig. Für die Besoldung in den höheren Besoldungsgruppen wie auch in der Besoldungsgruppe R 1 sei dies aufgrund des Abstandsgebots zwischen den Besoldungsgruppen ein erhebliches Indiz für ihre Verfassungswidrigkeit.

Insbesondere bei der Besoldung in den höheren Besoldungsgruppen wie auch in der Besoldungsgruppe R 1 komme hinzu, dass der Nominallohnindex in Hamburg in den zurückliegenden 15 Jahren erheblich stärker gestiegen sei als die Hamburger Besoldung. Die Angleichungszulage, die im Jahr 2022 ohnehin lediglich für das Jahr 2021 gewährt worden ist, ändere nichts daran.

Wie geht es weiter?

Hält ein Gericht ein Gesetz für verfassungswidrig, so ist das Verfahren auszusetzen und dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Das Verwaltungsgericht Hamburg hat bereits im September 2020 Verfahren zur amtsangemessenen Besoldung in Hamburg in den Jahren 2011 bis 2019 dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist hierzu bisher nicht ergangen. Somit wird das Bundesverfassungsgericht jetzt darüber hinaus auch über die Vorlagebeschlüsse, die den Zeitraum von 2020 bis einschließlich 2021 umfassen, zu entscheiden haben. Die **DPoIG** ist optimistisch und geht davon aus, dass die Rechtsposition der **DPoIG** durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts gestärkt wurde. An der Verhandlung des Verwaltungsgerichts Hamburg haben für die **DPoIG** Landesvorsitzender Thomas Jungfer, der Erste stellvertretende Landesvorsitzende Klemens Burzlaff, der von der **DPoIG** mandatierte Rechtsanwalt Dr. Dieter Struck sowie dbb Fachanwältin Barbara Lause vom DLZ Nord teilgenommen.

> Was genau besagt das sogenannte Alimentationsprinzip?

Dazu erklärt das Verwaltungsgericht Hamburg: „Das Alimentationsprinzip zählt zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamten-tums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG. Es verpflichtet den Dienstherrn, Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter nach ihrem Dienstrang, nach der mit ihrem Amt verbundenen Verantwortung und nach der Bedeutung der rechtsprechenden Gewalt und des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren. Diese Gewährleistung einer rechtlich und wirtschaftlich gesicherten Position bildet die Voraussetzung und innere Rechtfertigung für die lebenslange Treuepflicht sowie das Streikverbot.“

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230





18 Tage Dienst – 0 Tage Frei

Die Wachdienstgruppen vor dem Kollaps ... und die Fußball-EM kommt erst noch

Fußball, Demos, Großveranstaltungen: In der Sport- und Eventstadt Hamburg gibt es offenbar genug Gründe und keiner scheint zu gering zu sein, um nicht noch mal die AAH aufzurufen! Wie die **DPoIG Hamburg** schon während und nach dem G20-Gipfel bereits mehrfach und anschließend über die Jahre immer wieder angemahnt hat, ist die AAH keine beliebige Verfügungsmasse zum Auffangen der desolaten Personalsituation in der LBP beziehungsweise um Kosten für Fremdkräfte oder externe Dienstleister einsparen zu können! Jetzt scheint

es aber wieder so weit zu sein – kaum eine Woche, in der nicht zumindest die Vorplanungen für einen AAH-Aufruf laufen! Und die EM kommt erst noch! Eigentlich ist dazu alles schon – mehrfach – gesagt, aber offenbar nicht überall gehört worden. Lassen wir hier deshalb noch einmal das Personalamt zu Wort kommen (Auszug aus den Ausführungen zur Ausnahmegenehmigung für den Alarmdienst I vom 26. Mai 2017): „Die Dienstplanung muss daher gewährleisten, dass auch in hohen Belastungszeiten die Einhaltung der wöchentlichen Höchstarbeits-

zeit und der Ausgleich im vorgesehenen Bezugszeitraum sichergestellt sind, und die Dienststelle muss flankierend Maßnahmen zur schnellstmöglichen Reduzierung der Belastung ergreifen, beispielsweise durch Personalverstärkung von anderen Dienstherren, Beauftragung externer Dienstleister sowie interne Aufgabenkritik.“ Die Belastung der Kollegen und Kolleginnen, die direkt in der AAH eingebunden sind, als auch derer, die aus anderen Bereichen in den dann brachliegenden Grundlasten aus helfen oder liegengeliebene Arbeit zusätzlich erledigen

müssen, ist wieder zum Bersten angespannt!

Die **DPoIG Hamburg** fordert die Dienststelle auf, die vom Personalamt geforderten flankierenden Maßnahmen endlich umzusetzen und die Kollegen und Kolleginnen an den Wachen endlich und dauerhaft zu entlasten.

Der Fachbereich Schutzpolizei wird die Situation selbstverständlich weiter konstruktiv kritisch begleiten und den Finger in die Wunde legen!

Fachbereich Schutzpolizei

Wann ist „genug“ eigentlich genug?

Wenige Tage nach dem Stadtderby und kurz vor einer weiteren „Muslim Interaktiv“-Demo auf dem Steindamm war Innensenator Andy Grote (SPD) Talkgast bei Markus Lanz. Themenschwerpunkte der ZDF-

Talkshow waren die Polizeieinsätze bei Fußballspielen und die Islamisten-Demos in Hamburg. Die Frage von Markus Lanz, wie viele Polizisten denn beim vergangenen Stadtderby im Einsatz waren, beantwortete der

Innensenator mit „etwas über 1.000“. Auch das ist eine stattliche Anzahl von Einsatzkräften, trifft die tatsächliche Zahl der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen allerdings nicht mal annähernd. Wir helfen aber gerne: Beim Derby HSV gegen FC St. Pauli waren laut Pressemitteilung der Polizei Hamburg insgesamt rund 1.900 Polizistinnen und Polizisten, davon etwa 600 aus den Bundesländern Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bayern und von der Bundespolizei, im Einsatz. 1.900 Kolleginnen und Kollegen waren erforderlich, um verfein-

dete „Fans“ daran zu hindern, sich die Köpfe einzuschlagen. Wenige Tage zuvor waren es beim Spiel FC St. Pauli gegen Hansa Rostock 1.700 Einsatzkräfte. Diese personalintensiven und teuren Großeinsätze kennen offenbar nur eine Richtung – immer mehr von allem. Die berechtigte Forderung der **DPoIG** in Bund und Ländern nach einer Beteiligung der Fußballklubs an den Polizeikosten bei Hochrisikospiele ist die eine Seite der Medaille, die andere Seite sind Lageeinschätzung und Einsatzplanung. Wann ist „genug“ auch wirklich mal genug?

#DasgibtsnurbeimFußball

26.04.2024 - 22:25
Polizei Hamburg
 POL-HH: 240426-5. Polizeieinsatz anlässlich des Fußballspiels FC St. Pauli - F.C. Hansa Rostock
 Hamburg (ots) - Zeit: 26.04.2024, ab 14:00
 UhrOrt: Hamburg St. Pauli
 Heute fand im Millerntorstadion die Zweitligabegegnung ...

03.05.2024 - 23:32
Polizei Hamburg
 POL-HH: 240503-5. Polizeieinsatz anlässlich des Fußballspiels Hamburger SV - FC St. Pauli
 Hamburg (ots) - Zeit: 03.05.24, ab 14:00
 UhrOrt: Hamburg-Bahrenfeld und Hamburg-St. Pauli
 Heute fand die Zweitligabegegnung ...



© Screenshot/Polizei Hamburg

© Screenshot/ZDF



POLIZEI

© Fotolia

Erhöhung der Polizeizulage kommt

DPoIG-Forderung erfüllt: Die Durchsetzungskraft und der lange Atem der **DPoIG Hamburg** führten erneut zum Erfolg! Seit vielen Jahren kämpfen wir für eine deutliche Anhebung der Polizeizulage und die Wieder-

einführung der Ruhegehaltsfähigkeit! Unser Engagement führte jetzt zu einem Teilerfolg! Die **DPoIG Hamburg** wurde von Innensenator Andy Grote (SPD) informiert, dass die Anhebung der Polizeizulage auf den Weg

gebracht worden ist. Das plant der Senat: Ab dem 1. August 2025 soll die Polizeizulage von derzeit 127,38 Euro auf zunächst 170 Euro ansteigen und ein Jahr später dann auf 180 Euro. Dabei soll die Polizei-

zulage zukünftig auch der Dynamisierung unterliegen. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung und von der Forderung der **DPoIG Hamburg** nach einer Erhöhung auf 250 Euro noch weit entfernt, aber es ist endlich Bewegung in die Diskussion um eine Zulagenerhöhung gekommen. Die **DPoIG** wird weiterhin engagiert und mit Vehemenz für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage kämpfen, versprochen! „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat bereits verloren!“ ■

Einsatzverpflegung

Neuer Standard für Qualität und Verfügbarkeit

Nach Jahren des Beharrens auf Verbesserungen wurden unsere gewerkschaftlichen Forderungen endlich erhört. Die Einsatzverpflegung hat sich in Sachen Qualität und Verfügbarkeit spürbar verbessert. Nicht nur, dass alle Mindesthaltbarkeitsdaten (MHD) eingehalten wurden, auch der Inhalt der Verpflegungsbeutel bewegt sich auf einem höheren Niveau. Dazu gehören: Süßigkeiten, Nüsse, Brot, diverse Aufstriche, Brötchen und Obst – alles Markenware.

Der Inhalt ist ausgewogen und für jeden Geschmack sollte etwas dabei sein. Selbstverständlich werden auch Verpflegungsbeutel für Vegetarier bereitgestellt. Dennoch gibt es Raum für Verbesserungen, insbesondere aus ökologischen Gründen und bezüglich des Handlings. Es ist aus unse-

rer Sicht überlegenswert, anstelle von Plastiktüten Kartonnagen zu verwenden. Zudem sollte die Butter, wenn möglich, in einem „sicheren“ Behältnis verpackt werden. Bei einigen Kollegen verteilte sich während des 1. Mai-Einsatzes die Butter im gesamten Beutel, was diesen natürlich unbrauchbar machte. Ein Härte-test steht noch aus, und es bleibt spannend, ob bei der Fußball-EM als Dauereinsatzlage eine Abwechslung bei der Verpflegung zu erwarten ist.

Fazit: Wenn die Polizei Hamburg die Qualität halten kann, haben wir einen grundsätzlich guten Standard für die Einsatzverpflegung erreicht. Ein besonderes Dankeschön sagen wir an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen, die im Hintergrund diese Mammutaufgabe stemmen müssen. ■

► „Es muss nicht immer Kaviar sein“, ein guter Verpflegungsbeutel tut es auch.

© Pixabay

Nancy Faeser (SPD) fordert ein härteres Vorgehen gegen Islamisten. Das ist absolut berechtigt, aber wer ist eigentlich Bundesinnenministerin?

Thomas JUNGFER
Landesvorsitzender DPoIG Hamburg

► Wer ist Muslim Interaktiv?

Muslim Interaktiv (MI) wurde im Jahr 2020 gegründet und gehört zum ideologischen Umfeld der bereits seit dem Jahr 2003 verbotenen Organisation Hizb ut-Tahrir. Hizb ut-Tahrir befürwortete Gewalt und rief zur Ermordung von Jüdinnen und Juden auf. Nach dem Verbot gründeten sich informelle Netzwerke wie Muslim Interaktiv. Der Verfassungsschutz zählt auch Generation Islam und Realität Islam zu diesen Ablegern. Die Gruppe fordert ein weltweites Kalifat. Muslim Interaktiv lehnt die parlamentarische Demokratie und die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland ab. Als alleinige Grundlagen des Zusammenlebens gelten für Muslim Interaktiv der Islam und die Scharia.



Bundeshauptvorstand tagte

Im April tagte der Bundeshauptvorstand der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** in Berlin. Für die **DPoIG Hamburg**

haben Landesvorsitzender Thomas Jungfer und die weiteren Vorstandsmitglieder Klemens Burzlaff, Ronald

Helmer, Marc-Ulrich Schipper sowie Beate Petrou teilgenommen. Im Mittelpunkt der Tagung stand unter anderem die Beurteilung der gewerkschaftlichen Lage durch den Bundesvorsitzenden Rainer Wendt. Die rund 100 Delegierten und Gäste aus allen Landes- und Fachverbänden der **DPoIG** thematisierten die Politik der Ampelkoalition und sparten dabei nicht mit Kritik. Ob die Teillegalisierung von Cannabis oder die ernüchternde PKS, die Politik erweist sich als beratungsresistent. Die viel beschworene Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der Polizei ist zu oft eine Einbahnstraße. Die Fußball-EM wird die si-



© DPoIG Hamburg (2)

cherheitspolitische Herausforderung dieses Jahres werden. Wichtig und oberste Prämisse muss es aber sein, den Polizeiberuf in Bund und Ländern so attraktiv zu machen, dass die Abgänge durch die zahlreichen Ruhestände ausgeglichen werden können. Das wird die eigentliche Aufgabe, deren Schwere sich zu viele in politischer Verantwortung offenbar noch nicht ausreichend bewusst sind. ■



JUNGE POLIZEI: Bundesjugendkonferenz in Nürnberg

Im vergangenen April fand in Nürnberg die erste Bundesjugendkonferenz (BJK) dieses Jahres statt. Bei dieser Veranstaltung treffen sich die Landesjugendleitungen aus ganz Deutschland, um sich mit der Bundesjugendleitung über aktuelle Themen auszutauschen, neue Kooperationen zu besprechen und gewerkschaftliche Erfahrungen zu teilen. Der Bericht der Bundesjugendleitung war ein zentrales Element der Konferenz. Er bot den Rahmen, um über die Arbeit der Bundesjugendleitung und deren gewerkschaftspolitische Aktivitäten zu informieren. Im Anschluss daran hatten die Vertreter der verschiedenen Bundesländer die Gelegenheit, ihre Anliegen zu äußern und Themen, die ihnen wichtig sind, zur Diskussion zu stellen. Hierbei ging es unter anderem um neue Kooperationen, die Fortführung bestehen-

der Partnerschaften sowie die bevorstehende Einsatzbelastung anlässlich der Fußball-Europameisterschaft. Für Hamburg war Landesjugendleiter Nicholas Kriegk in Nürnberg, der die Interessen aus Hamburger Sicht vertrat und am regen Austausch mit den anderen Teilnehmern teilnahm. Neben

den offiziellen Programmpunkten wurden in Workshops verschiedene Aspekte der Jugendarbeit, wie ein neuer Imagefilm, beleuchtet. Zudem bot die Abendveranstaltung eine gute Gelegenheit, bei dem sich alle Gewerkschafter in entspannter Atmosphäre besser kennenlernen und vernetzen konnten. Ein

weiterer wichtiger Bestandteil der Konferenz war der Austausch im Nordverbund zwischen Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg. Dieser seit circa einem Jahr bestehende informelle Zusammenschluss bietet eine Plattform für gegenseitige Unterstützung und das Teilen bewährter, sehr praktischer Gewerkschaftsarbeit. Die Netzwerkarbeit im Nordverbund stärkt die Zusammenarbeit der Küstenländer und trägt dazu bei, die Interessen der Nachwuchskräfte über die Landesgrenzen hinweg effektiver zu vertreten. Die Bundesjugendkonferenz in Nürnberg war eine erfolgreiche und produktive Veranstaltung, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Landesjugendleitungen und der Bundesjugendleitung weiter festigte. Die Teilnehmer konnten neue Impulse aufnehmen und den Kurs für eine weitere positive Entwicklung abstecken.



© DPoIG Hamburg

JUNGE POLIZEI



DPoIG Hamburg zu Gast beim 27. Europäischen Polizeikongress

Am 16. und 17. April fand in Berlin der diesjährige Europäische Polizeikongress #EPK24 statt. Der Europäische Polizeikongress ist eine jährlich wiederkehrende zweitägige innen- und sicherheitspolitische Konferenz. Es ist eine der größten Fachkonferenzen zur inneren Sicherheit in der Europäischen Union. In der begleitenden Fachaussstellung präsentieren sich hauptsächlich IT-Unternehmen und IT-Dienstleister, daneben einzelne Rüstungsunternehmen sowie Firmen, die Überwachungs- und Sicherheitstechnik herstellen. Selbstverständlich war auch in diesem Jahr die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)** mit einem eigenen Stand vertreten. Aus Hamburg nahmen Landesvorsitzender Thomas Jungfer, der Erste stellvertretende Landesvorsitzende Klemens Burzlaff, der stellvertretende Lan-

desvorsitzende Ronald Helmer sowie der Vorsitzende des Fachbereichs Schutzpolizei, Marc-Ulrich Schipper, am Kongress teil. Auch Landespolizeien verschiedener Bundesländer waren mit eigenen Informationsständen vertreten, so waren neben Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, Bremen oder Sachsen auch Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei aus Hamburg an einem kombinierten Stand mit Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern anzutreffen.

Doch neben den Ausstellungen mit dem Schwerpunkt Digitalisierung der Polizeiarbeit fanden auch viele Fachforen wie Podiumsdiskussionen, Impulsvorträge oder Debatten zu unterschiedlichsten Themen wie zum Beispiel Cybercrime, Migration, illegale Geldströme,

Drohnentechologie, künstliche Intelligenz in der Polizeiarbeit oder Frauen in Führungspositionen statt. Hamburgs Polizeipräsident Falk Schnabel war ebenfalls in Berlin. Er moderierte nach einem Besuch des **DPoIG**-Messestands zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und nahm an einer Podiumsdiskussion teil. Die nach wie vor vorhandene Relevanz und Dringlichkeit dieses brisanten Themas zeigten sich unter anderem anhand einer Studie, die aufzeigt, dass es im Jahr 2023 über 128.000 erfasste Fälle von rechtswidrigen Angriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gab – ein Anstieg von über fünf Prozent. Insgesamt haben laut einer Umfrage über 23 Prozent der 4,6 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Gewalterfahrungen in ihrem Berufsleben gemacht, manche mehrmals. Auch aus dem Ausland fanden Gäste den

Weg zum EPK. Eindrucksvoll schilderte unter anderem die stellvertretende Innenministerin der Ukraine, Katerina Pavlichenko, die Situation in ihrer Heimat nach dem russischen Angriff auf ihr Land. Ein Highlight war die Debatte „Gewährleistung sicherer Spiele“ zur diesjährigen Fußball-EM in Deutschland mit einem Impulsvortrag des EM-Turnierdirektors und Fußball-Weltmeisters Philipp Lahm. Auch der Europäische Polizeikongress 2024 war eine an Höhepunkten reiche und sehr informative Veranstaltung. Wer die Chance hat, sollte zukünftig einen Besuch ins Auge fassen.

Der Landesvorstand





Einsatzbegleitung Fußball – 1. Mai – und mittendrin die DPoIG

Zahlreiche Einsatzanlässe haben in den vergangenen Wochen unsere Kolleginnen und Kollegen herausgefordert. Jetzt startet die Fußball-EM und in Hamburg finden fünf Spiele statt, die für die beteiligten Mannschaften und Fans zum Erlebnis werden sollen. Wie in den letzten Wochen und Monaten und so wie es unsere Kolle-

ginnen und Kollegen seit vielen Jahren kennen und schätzen, werden unsere DPoIG-Betreuungsteams auch während der UEFA EURO 2024 präsent sein. Ein kleiner Rückblick soll die jüngeren Betreuungseinsätze illustrieren – ein herzliches Dankeschön an die Teams.

#DPoIGDeinetwegen



© DPoIG Hamburg (10)





dbb Personal- und Betriebsrätekonferenz 2024

Mitte April fand die diesjährige dbb Personal- und Betriebsrätekonferenz in der Katholischen Akademie Hamburg statt. Die Tagesordnung war auf ein zentrales Thema fokussiert: Die Personalbindung im öffentlichen Dienst. Wie kann die Identifikation und Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrer Dienststelle verbessert werden? 80 Personal- und Betriebsräte aus Fachgewerkschaften des dbb kamen zusammen, um gemeinsam über ein Bündel von Maßnahmen für die Personalbindung zu sprechen. Anders als bei vorausgegangenen Konferenzen wurde diesmal auf lange Vor-

träge verzichtet. Stattdessen haben die Teilnehmer selbst Positionen zu verschiedenen Gesichtspunkten rund um das Thema Personalbindung erarbeitet, die in die weitere Arbeit des dbb Hamburg einfließen werden. Die Vorschläge bezogen sich unter anderem auf folgende Bereiche: Personalentwicklung und Karriere, Arbeitsplatzausstattung, Arbeitszeit, Führung, Kommunikation und Digitalisierung. Die Ergebnisse werden jetzt aufbereitet und dem Arbeitsausschuss der Personalräte- und Betriebsrätekonferenz und dem dbb-Landesvorstand zur weiteren Bearbeitung vorgelegt.



© DPoIG Hamburg

> Maiempfang

Auf Einladung des Ersten Bürgermeisters, Dr. Peter Tschentscher (SPD), haben rund 350 Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte am traditionellen Maiempfang im Hamburger Rathaus teilgenommen. Mit dem Maiempfang würdigt der Senat die Arbeit der Gewerkschaften in Hamburg. Er findet seit 1959 jedes Jahr rund um den 1. Mai statt. Für die **DPoIG Hamburg** haben unter anderem Hergen Tieding, Jörn Scheewe und Martin Dumpich vom Fachbereich Verwaltung teilgenommen. Danke für euer Engagement.



> Streikgeld: Letzter Aufruf

Die **DPoIG Hamburg** wird demnächst ihre „Streikkasse“ schließen und bittet daher, noch nicht abgerechnete Bezügemittelungen unverzüglich in der Geschäftsstelle einzureichen, um die Auszahlung zu ermöglichen.



© Pixabay

> Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats



© Pixabay



© Bundesfoto / Laurin Schmid



Gefällt 71 Mal

bmi_bund „Wir müssen unsere Hochseehäfen so sicher machen, dass sie keine Einfallstore für tonnenweise Kokain mehr sein können. Deshalb treffen wir uns heute.“



Weggeführten gesucht: Polizeimuseum bittet um Unterstützung

Was manche vielleicht nicht wissen: Zum Polizeimuseum Hamburg gehört auch ein nicht öffentliches Archiv, das polizeigeschichtliche Themen behandelt und unter anderem Material für Forschungs- und Ausbildungszwecke archiviert und bereithält. Aktuell werden Unterlagen gesammelt, die es dem Polizeimuseum möglich machen, die von den RAF-Terroristen ermordeten Kollegen Norbert Schmid und Hans Eckardt zu porträtieren. Die beiden Polizeibeamten wurden 1971 beziehungsweise 1972 im Dienst getötet. Norbert Schmid war Zivilfahnder der PRW 53 (Poppenbüttel), Hans Eckardt war Einsatzleiter von K4 (Staatsschutz). Gibt es pensionierte Kolleginnen und Kollegen, die Norbert Schmid und Hans Eckardt kannten und persönliche Erinnerungen oder gar Fotos zu einem Porträt beisteuern können? Dabei geht es ausdrücklich nicht um die Schilderung der jeweiligen Taten und der späteren Strafverfahren. Hierzu liegen dem Polizeimuseum ausreichend Dokumente vor. Das Polizeimuseum bittet Kolleginnen und Kollegen, die Erinnerungen

an die ermordeten Kollegen haben und helfen wollen, für Norbert Schmid und Hans Eckardt ein ehrendes Gedenken im Archiv des Polizeimuseums zu bewahren, ihre Beiträge entweder per Post an das Polizeimuseum Hamburg, Carl-Cohn-Straße 39, 22297 Hamburg, oder per E-Mail: polizeimuseum.hamburg@poladium.de, zu übermitteln. Ansprechpartner ist der Kollege EKHK i. R. Reinhard Max van Oosting.

In Memoriam

■ Norbert Schmid

Am 22. Oktober 1971 wird der Zivilfahnder Norbert Schmid während einer Personenkontrolle an der Hamburger S-Bahnstation Poppenbüttel von zwei RAF-Terroristen erschossen. Er ist das erste Mordopfer der Roten-Armee-Fraktion.

■ Hans Eckardt

Am 2. März 1972 sollen die RAF-Mitglieder Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann

in einer Hamburger Wohnung gestellt werden. Es kommt zu einem Schusswechsel, bei dem

Grashof den Leiter der SOKO „Baader/Meinhof“, Hans Eckardt, erschießt.



© Pixabay

Anarchistische Gewalttäter
– Baader/Meinhof-Bande –

Wegen Beteiligung an Morden, Sprengstoffverbrechen, Banküberfällen und anderen Straftaten werden steckbrieflich gesucht:

Für Hinweise, die zur Ergreifung der Gesuchten führen, sind insgesamt 100000 DM Belohnung zugesagt, die nicht für Beamte bestimmt sind, zu denen Berufstätige die Verfolgung strafbarer Handlungen gehört. Die Zuerkennung und die Verteilung erfolgen unter Ausschluss des Rechtsweges.

Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen entgegen:
Bundeskriminalamt - Abteilung Sicherungsgruppe -
53 Bonn-Beil Godesberg, Friedrich-Ebert-Straße 1 - Telefon: 02229 / 53001
oder jede Polizeistation

Vorsicht! Diese Gewalttäter machen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch!

© PolizeiNRW

> Vlotho-Seminar 2024

Das diesjährige Vlotho-Seminar findet vom 9. bis zum 13. September 2024 statt. Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich bereits jetzt anmelden und einen der begehrten Plätze sichern. Das vielfältige Programm umfasst unter anderem die innere und äußere Sicherheit in Europa mit den Themenschwerpunkten: EU-Recht, Organisierte Kriminalität, Abfallwirtschaft und Umweltschutz, Kunstkriminalität, Artenschutz, Schwerlastverkehr, Gegenwarts- und Zukunftsfragen sowie Wirtschaftspolitik in Deutschland, der EU und in der Welt.

Programm

9. September:

- > Anreise und Vorstellung, thematische Einführung
- > Bekämpfung der Kunstkriminalität in der EU, Referent: René Allonge, LKA Berlin

10. September:

- > Fahrt ins Picasso-Museum Münster, Fälschungen von Kunstwerken Referent: Prof. Markus Müller (Picasso-Museum)

11. September:

- > Schwerlastverkehr in der EU, Referent: Thomas Schult, Polizei Mannheim
- > Europäischer Artenschutz – der Wolf ist zurück, Referent: Jochen Bumm, Polizei BW

12. September:

- > Korruption im Gesundheitswesen in der EU, Referent: Michael Rusch, Polizei Hamburg
- > Krisenkommunikation in der EU, Referent: Jörg Lauenroth



© Pixabay

13. September:

- > Wirtschaft in Deutschland, der EU und der Welt in Krisenzeiten, Referent: Dr. Gerhard Schlüsselbauer

Der Preis für Unterkunft (Einzelzimmer) und Vollverpflegung beträgt 240 Euro. Anmeldungen ausschließlich via E-Mail an: martina.karner@gesw.de. Veranstalter ist das Gesamteuropäische Studienwerk in Vlotho. Weiterführende Informationen unter www.gesw.de.